



Brüssel, den 6. September 2019
(OR. en)

11949/19

AGRILEG 153
VETER 73
DELECT 170

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: C(2019) 4625 - ST 11372/19 + ADD 1

Betr.: DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION vom 28.6.2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern
– Absicht, keine Einwände zu erheben

1. Die Kommission hat dem Rat am 18. Juli 2019 den oben genannten delegierten Rechtsakt gemäß dem Verfahren nach Artikel 290 AEUV und gemäß Artikel 3 Absatz 5, Artikel 87 Absatz 3, Artikel 94 Absatz 3, Artikel 97 Absatz 2, Artikel 101 Absatz 3, Artikel 106 Absatz 1, Artikel 118 Absätze 1 und 2, Artikel 119 Absatz 1, Artikel 122 Absatz 2, Artikel 271 Absatz 2 und Artikel 279 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/429¹ vorgelegt. Der Rat kann bis zum 19. September 2019 Einwände gegen diesen Rechtsakt erheben.
2. In einem Verfahren der stillschweigenden Konsultation haben zwei Delegationen Punkte vorgebracht, die Gründe für Einwände gegen den delegierten Rechtsakt darstellen könnten.

¹ Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit ("Tiergesundheitsrecht") (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1).

3. Der Vorsitz hat daraufhin für den 5. September 2019 eine Sitzung der Gruppe der Agrarreferenten/-attachés (Veterinärfragen) einberufen. In dieser Sitzung hat der Vorsitz festgestellt, dass es keine qualifizierte Mehrheit dafür gab, Einwände gegen den Rechtsakt zu erheben².
 4. Daher wird dem AStV vorgeschlagen, dem Rat zu empfehlen, er möge auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt bestätigen, dass er nicht beabsichtigt, Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben, und dass die Kommission und das Europäische Parlament davon zu unterrichten sind.
-

² Die Ergebnisse dieser Sitzung sind in Dokument 12000/19 wiedergegeben. Während und nach dieser Sitzung haben zwei weitere Delegationen Einwände gegen den delegierten Rechtsakt vorgebracht.